



Bündnis linker und radikaldemokratischer StudentInnen (lira)  
an der Universität Wuppertal

[www.lira-wuppertal.de](http://www.lira-wuppertal.de)

Kontakt: [lira@gmx.de](mailto:lira@gmx.de)

## **Resolution für die Forderungen des Bildungsstreiks 2009 Antrag an das Studierendenparlament der BU Wuppertal**

Wuppertal, 21. Juli 2009

Liebe Mitglieder des Studierendenparlaments,  
Liebe hochschulpolitisch interessierte Öffentlichkeit,

Für die nächste StuPa-Sitzung stellen wir den folgenden Antrag zur Abstimmung:

### **Das Studierendenparlament möge beschließen:**

**Das Studierendenparlament der Bergischen Universität Wuppertal begrüßt das außerordentliche Engagement vieler Studierender im Rahmen des Bildungsstreiks 2009 und bekennt sich zu den bundes- und landesweiten und insbesondere zu den 15 konkreten Forderungen für unsere Universität. Wir fordern von Rektorat, Hochschulrat, Senat und den Fachbereichen diese Forderungen schnellstmöglich umzusetzen und rufen den AStA, die Fachschaften und alle Studierenden dazu auf, sich weiter aktiv dafür einzusetzen.**

**Das Studierendenparlament wird sich regelmäßig mit dem Stand der Umsetzung befassen und den engagierten Studierenden ein Forum bieten.**

### **Begründung:**

Vom 15. bis zum 19. Juni 2009 fand der bundesweite Bildungsstreik der Studierenden, SchülerInnen und Auszubildenden statt; auch die Studierenden der Bergischen Universität haben sich daran beteiligt. Am 26. Mai beschloss eine studentische Versammlung die Teilnahme am Streik, um ein deutliches Zeichen für die soziale Öffnung und Demokratisierung der Hochschulen, eine Abschaffung von Bachelor und Master in der derzeitigen Form und die Verbesserung der teilweise katastrophalen Lehr- und Lernbedingungen zu setzen. Eine Versammlung am 15. Juni bekräftigte diese Entscheidung.

Entgegen einigen Berichten und Meinungen bestand der Bildungsstreik nicht nur aus der Türblockade, sondern in der gesamten Woche haben sich Studierende mit den konkreten Problemen an der Bergischen Uni beschäftigt und einen detaillierten Forderungskatalog aufgestellt.

Diese Forderungen dürfen jetzt nicht in Schubladen verschwinden, sondern müssen aktiv umgesetzt werden! Das Studierendenparlament als höchstes beschlussfassendes Organ der Studierendenschaft soll diesem Anliegen Nachdruck verleihen und es zu einem zentralen Thema seiner neuen Legislaturperiode machen.

Bei aller Zustimmung zu einigen Maßnahmen des Rektorats zur Verbesserung der Lehr- und Lernbedingungen wie z.B. dem neuen Hörsaalzentrum (siehe Newsletter des Rektorats), können wir nicht sehen, dass die Streikforderungen weitestgehend umgesetzt wurden (wie es das Rektorat gerne darstellt). Hierzu ist ein kontinuierlicher offener Prozess nötig, den das StuPa kritisch begleiten muss. Uns ist dabei durchaus bewusst, dass eine nachhaltige Umsetzung aller Forderungen nicht ohne eine wirklich bedarfsdeckende öffentliche Finanzierung zu erreichen ist. Deshalb muss im Vorfeld der kommenden Landtagswahl massiv dafür mobilisiert werden. Einige Forderungen, wie etwa die Abschaffung der Anwesenheitspflicht, das Kursanmeldesystem und der Versammlungsraum können aber ohne Geld umgesetzt werden.

**Anhang:** Forderungen des Bildungsstreik 2009

## **Bundesweite Forderungen des Bildungsstreiks 2009**

Weltweit ist Bildung im Wandel: Das humanistische Ideal einer zur kritischen Reflexion befähigenden, gemeinwohlorientierten Bildung wird zurückgedrängt. Stattdessen wird Bildung den Bedürfnissen des Marktes angepasst und damit selbst mehr und mehr zur Ware. Global sind es die GATS-Verträge, in Europa der Bologna-Prozess, die den Kern solcher Reformen bilden. Doch weltweit regt sich Widerstand. In diesem Zusammenhang steht der bundesweite Bildungsstreik vom 15. bis 19. Juni 2009. Deshalb fordern wir:

### **Soziale Öffnung der Hochschulen**

- den Abbau von Zulassungsbeschränkungen durch den Ausbau von Studienplätzen!
- die Abschaffung von Studiengebühren und die gesetzlich verankerte Gebührenfreiheit von Bildung!
- die finanzielle Unabhängigkeit der Studierenden – ohne Kredite!
- die Abschaffung jeglicher Diskriminierung, auch in ihrer institutionalisierten Form gegenüber ausländischen Studierenden!

### **Abschaffung von Bachelor/Master in der derzeitigen Form**

- die Abkehr vom Bachelor als Regelabschluss!
- das Ende von Verschulung, Regelstudienzeit und Dauerüberprüfung!
- die Möglichkeit individueller Schwerpunktsetzung im Studium!
- die tatsächliche Umsetzung der Mobilität zwischen den Hochschulen!

### **Demokratisierung des Bildungssystems**

- den Abbau von wirtschaftlichen Zwängen im Bildungsbereich!
- die Mitbestimmung aller Beteiligten im Bildungssystem, u.a. durch Viertelparität in den Hochschulgremien!
- die Einführung verfasster Studierendenschaften mit politischem Mandat in allen Bundesländern!

### **Verbesserung der Lehr- und Lernbedingungen**

- die Umsetzung freier alternativer Bildungskonzepte!
- die Beendigung prekärer Beschäftigungsverhältnisse im Bildungsbereich!
- die Aufstockung des Lehrpersonals auf ein pädagogisch tragbares Niveau! Dazu sind in den nächsten drei Jahren mindestens 8.000 Professuren, 4.000 Mittelbaustellen und 10.000 TutorInnenstellen neu zu schaffen!
- die Förderung aller Studierender statt einseitiger Elitenbildung!
- die Einheit von Forschung und Lehre statt der Exzellenzinitiative!

Diese Forderungen werden von vielen Menschen geteilt, weil sie uns der Verwirklichung des Menschenrechts auf Bildung näher bringen. Für eine tatsächliche Demokratie ist unsere Forderung nach einem frei zugänglichen, öffentlich finanzierten und emanzipatorisch ausgerichteten Bildungssystem unerlässlich. Derzeit geht es durch die Ökonomisierung der Bildung in eine andere Richtung: Die Hochschulen sind zunehmend abhängig von der Wirtschaft, ihre Funktion in der Gesellschaft hat sich gewandelt. Das ist kein Zufall! Bildung wird den Gesetzen des Marktes unterworfen; Konkurrenz reproduziert soziale Ungleichheit und Verwertungslogik. Um unsere Forderungen durchzusetzen bedarf es daher letztlich gesamtgesellschaftlicher Veränderung.

## **NRW-Forderungen des Bildungsstreiks 2009:**

1. Die Abschaffung der Studiengebühren und ein generelles Studiengebührenverbot, das in der Landesverfassung verankert wird.
2. Eine wirksame Aufstockung des Bildungsetats!
3. Eine Aufstockung des Erziehungs- bzw. Lehrpersonals an Kindergärten, Schulen und Hochschulen auf ein leistungsfähiges Niveau
4. Kindergeld bis zum Ende der Ausbildungszeit
5. Elternunabhängige BAföG-Unterstützung, angepasst an die Durchschnitts- und nicht an die Regelstudienzeit
6. Abschaffung des Hochschulfreiheitsgesetzes
7. Abschaffung der Hochschulräte
8. Erweiterung des studentischen Mitbestimmungsrechts

## **Wuppertaler Forderungen des Bildungsstreiks 2009**

Zunächst gilt: Die Studierenden der Bergischen Universität Wuppertal sind in jedem Falle aufgerufen, ihre Gestaltungsmöglichkeiten wahrzunehmen. Ein bloßes "Beschweren" hilft kaum, will man wirklich etwas verbessern. Darum sind alle Studentinnen und Studenten aufgefordert, sich an Wahlen zu beteiligen, in Fachschaften starkzumachen und die Veränderungen an unserer Hochschule aufmerksam und kritisch zu verfolgen, um ggf. Verbesserungsvorschläge zu machen und etwaige Prozesse zu bewerten.

Vom Rektorat der Bergischen Universität fordern wir neben der Anerkennung der Missstände grundsätzlich, unsere Belange als Vertretung der Studierendenschaft der Bergischen Universität Wuppertal von der Politik mit allem Nachdruck einzufordern! Dies gilt insbesondere für jene Forderungen, deren Umsetzung noch nicht im Gange ist, oder als unmöglich angesehen wird. Eine Argumentation für irgendeinen der von uns kritisierten Zustände von Rektoratsseite auf reiner Sachzwangebene verurteilen wir aufs Schärfste, da sie entweder mangelnde Auseinandersetzung mit der aktuellen (Bildungs-) Politik, oder, schlimmer noch, deren Gutheißen vermuten lässt.

### **Wir fordern:**

#### **1. Abschaffung der Studiengebühren**

Studiengebühren sind aus gesellschafts-, sozial- und bildungspolitischen Gründen abzulehnen. Sie lösen kein einziges Problem, sondern verschärfen die Krise des Bildungssystems. Das Rektorat muss anerkennen, dass Studiengebühren kein Naturgesetz sind, sondern politisch gewollt. Sie wurden hier an dieser Universität beschlossen und können an dieser Universität wieder abgeschafft werden. Darum fordern wir an dieser Stelle überdies nochmals vom Rektor die energische Einfeldorderung eines landesweit gesetzlich verankerten Studiengebührenverbots.

#### **2. Verbesserung der Lehre durch mehr Professorenstellen**

Um der Masse an Studierenden an der Bergischen Universität Wuppertal gerecht zu werden, fordern wir eine Ausweitung des Lehrangebots. Vom Großteil der Studierenden der BUW wird die Qualität der Lehre positiv eingeschätzt, als nachteilig wird die Quantität der angebotenen Lehrveranstaltungen angesehen. Darum ist es unbedingt notwendig, neue und unbefristete Stellen für Professorinnen und Professoren zu schaffen, weil sie langfristig und nachhaltig die Qualität der Lehre sichern, Prüfungen abnehmen dürfen, die Mangelsituation erheblich entlasten und außerdem Forschung betreiben. Es ist nicht länger hinnehmbar, dass — kurzfristig eingerichtete — Vertretungsstellen die eigentliche Lehre übernehmen.

### **3. Seminarplatzgarantien für alle Studierenden**

Allen Studierenden muss eine Mindestanzahl an Seminarplätzen zugesichert werden, die den Studienempfehlungen der einzelnen Fachbereiche entsprechen soll. Es ist nicht länger hinnehmbar, dass Studierende in einer ungerechten Verlosungspraktik um jeden einzelnen Seminarplatz kämpfen müssen.

### **4. Ausweitung der Befugnisse der Beschwerdeanlaufstelle (QSL) und dessen unabhängige Finanzierung — nicht aus Studiengebühren**

„Seminarrauswürfe“ müssen offiziell bestätigt werden und die Hochschulleitung muss diesen Personen beizustehen versuchen. Jedem, der einen von der Studienordnung vorgeschriebenen Kurs nicht belegen konnte, muss mindestens ein Ersatzkurs im nächsten Semester garantiert werden.

### **5. Studiengänge studierbar machen**

Bestehende Studienordnungen sollen zusammen mit studentischen Vertreterinnen und Vertretern der einzelnen Fachbereiche so überarbeitet werden, dass sie auch studierbar sind. Dies beinhaltet auch die Einführung von Teilzeitstudiengängen, welche bspw. Studierenden mit Kindern entgegenkommen. In jedem Fall muss die Tatsache berücksichtigt werden, dass die überwiegende Mehrheit der Studierenden neben dem Studium arbeitet und somit einer Doppelbelastung ausgesetzt ist. Die Studienanforderungen müssen angepasst werden — dieser Prozess ist im Gange, aber er bedarf einer permanenten Reflexion auch von Studierendenseite. Die restriktiven Modulanforderungen müssen gelockert werden, um ein interessengeleitetes Studium wieder zu ermöglichen.

### **6. Prüfungstress abbauen**

Das permanente Abprüfen der Studierenden in den BA/MA-Studiengängen muss abgeschafft werden, da Studierende sonst während des gesamten Studiums nur noch auf „Scheinjagd“ gehen. Prüfungsphasen müssen zeitlich entzerrt werden. In jedem Fall muss ermöglicht werden, dass sich alle Studierenden, die sich für eine Prüfung angemeldet haben, von dieser auch kurzfristig wieder abmelden können, ohne negative Konsequenzen wie gezahlte Fehlversuche o.ä. fürchten zu müssen. Generell müssen zu allen Prüfungen in allen Fachbereichen zeitnahe Nachprüfungsmöglichkeiten als verpflichtend festgeschrieben werden.

### **7. Ein allgemeines Recht auf einen Masterstudienplatz**

Der Bachelor ist in der gegenwärtigen Ausgestaltung nur auf dem Papier ein vollwertiger Studienabschluss. Allen Studierenden muss ermöglicht werden, sich direkt zu Beginn ihres Studiums für den von ihnen angestrebten Masterstudiengang einzuschreiben. Der Master muss der reguläre Studienabschluss aller Studierenden an unserer Universität sein.

### **8. Mehr Kindergartenplätze**

Die mehrseitigen Wartelisten des Universitätskindergartens zeigen es überdeutlich: das Betreuungsangebot für Kinder muss erweitert werden. Es muss ein Betreuungsanspruch für alle Kinder von Hochschulangehörigen garantiert werden. Die Betreuungszeiten müssen an die Bedürfnisse der Hochschulangehörigen angepasst werden. Dem Hochschulkindergarten soll nicht nur eine symbolische Funktion zugeschrieben werden!

### **9. Mehr für den Universitätsbetrieb geeignete Räume**

Es darf nicht mehr sein, dass sich Studierende, die eine Lehrveranstaltung besuchen wollen, bis auf den Gang stapeln. Auch Lehrveranstaltungen in einem Kinosaal ohne Schreibmöglichkeiten abzuhalten lehnen wir ab. Den Umbau des Gebäudes K betrachten wir als einen guten ersten Schritt auf dem Weg zur Entspannung der Raumsituation, jedoch müssen langfristig — gerade in Hinblick auf den doppelten Abiturjahrgang 2013 — wesentlich mehr Hörsäle und in erster Linie Seminarräume geschaffen werden. Kurzfristig müssen auch schon für das kommende Semester zusätzliche Raumangebote geschaffen werden, was z.B. durch das Aufstellen von Containern, eine flexiblere Raumplanung, die Nutzung von Schulungszentren oder notfalls von zu bestimmten Zeiten leer stehenden Räumen der Schulen Wuppertals geschehen kann.

### **10. Eine bessere technische Ausstattung aller Seminarräume und Hörsäle**

Es muss immer eine Tafel, ein funktionierender Tageslichtprojektor mit geeigneter Projektionsfläche, mehrere — nicht lebensgefährliche — Steckdosen, eine angemessene Anzahl nicht einsturzgefährdeter Tische und Stühle, ein der Würde der Veranstaltung angemessener Tisch für die Lehrperson und ein Rednerpult vorhanden sein. Des Weiteren muss der fachspezifische Bedarf an Arbeitsmaterialien gedeckt werden. Unter Arbeitsmaterialien verstehen wir nicht nur eine ausreichende Menge an Kopien oder Kreide, sondern auch Anschauungsmaterial, Laborausstattung und Werkmaterialien.

### **11. Ein allgemeingültiges Kursanmeldesystem**

Die bis dato vorhandenen Anmeldesysteme sind für jeden Menschen ein einziger Albtraum. Niemand kann behaupten, dass das derzeitige moodle-WUSEL-Chaos der Professionalität einer Universität entspricht. Darüber hinaus müssen Kurse, für die sich viel mehr Studierende angemeldet haben, als Plätze vorhanden sind, mehrmals angeboten werden. Wünschenswert ist ein einheitlicher Anmeldezeitraum für alle anmeldepflichtigen Veranstaltungen. Solche, die keine Anmeldepflicht voraussetzen, müssen auch weiterhin ohne Anmeldung belegbar sein. Langfristig ist ein völliger Verzicht auf Anmeldungen anzustreben, da bei einer ausreichenden Anzahl an Kursen mit einer natürlichen Verteilung der Studierenden zu rechnen ist. Wenn WUSEL weiterhin verwendet werden soll, muss es überarbeitet werden, die momentane Handhabung ist unzumutbar. Im Zuge der Überarbeitung der Anmeldesysteme muss auch die bisherige Scheinpolitik an die Gegenwart angepasst werden. Die Teilnahme- und Leistungsnachweise müssen online bereitgestellt werden, um unnötigen Arbeitsaufwand auf Studierenden- und Sekretariatsseite zu vermeiden. Bei allen Neuerungen ist unbedingt der Datenschutz der Studierenden zu beachten, der bspw. bei der Plattform moodle nicht in einem zufrieden stellenden Maße gegeben ist!

### **12. Fristverlängerung für auslaufende Studienordnungen**

Insbesondere aufgrund der Tatsache, dass es viel zu wenige Kursplätze für alle Studierenden gibt, müssen die Fristen für auslaufende Studiengänge verlängert werden, sodass niemand ohne Abschluss die Universität verlassen muss oder in einen Bachelor- bzw. Masterstudiengang zwangsumgeschrieben wird.

### **13. Massive Erweiterung des Angebots der Bibliothek**

Es muss mehr und aktuelle Bücher und wissenschaftliche Zeitschriften geben. Begehrte Bücher müssen mehrfach angeschafft und die elektronische Datenbank erweitert werden. Es muss mehr Fachpersonal geben, welches auch für Beratungen zur Verfügung steht. Es ist bezeichnend, dass bei der ohnehin zweifelhaften sog. Eva-Quest 2009-Befragung keine einzige Frage zum Literaturangebot der Bibliothek zu finden war. Die Möglichkeit Anschaffungsvorschläge zu machen muss besser beworben, genutzt und zeitnah bearbeitet werden.

### **14. Ausweitung der Orientierungs- und Beratungsangebote für Studienanfängerinnen und –anfänger**

Die Angebote der Einführungswoche müssen bedarfsdeckend ausgebaut werden. Über die Einführungswoche hinaus soll es mehr Kurse zur Einführung in das wissenschaftliche Arbeiten und in Präsentationstechniken geben. Solche Maßnahmen dürfen keinesfalls aus Studiengebühren gezahlt werden!

### **15. Recht auf einen Versammlungsraum**

Wir, die Wuppertaler Studierendenschaft, benötigen dringend einen Raum, in dem politische Versammlungen etc. unabhängig von Öffnungszeiten der Hochschule stattfinden können. Der Raum auf der ASTA-Ebene der BUW reicht hierfür nicht aus.